

Die EU kämpft ums Überleben. Wann fällt der letzte Vorhang?

von Michael Brückner

Quelle: KOPP exklusiv Nr. 06/17

- **Vom künftigen US-Botschafter in Brüssel über den Spekulanten George Soros bis hin zur Mehrheit der europäischen Automobilmanager — sie alle rechnen mit einem baldigen Zerfall des Euro und der EU. Das letzte Kapitel des Drehbuchs ist bereits geschrieben.**

Der Crash soll bis nach den wichtigen Wahlen in Frankreich, Deutschland und in den Niederlanden hinausgezögert werden. Und mit Donald Trump haben die Eurokraten einen Sündenbock gefunden, der an allem schuld sein wird. Am Beginn eines neuen Jahres sind Empfehlungen für Anleger gewiss nicht ungewöhnlich. Doch das, was der US-Wirtschaftsprofessor *Ted Malloch* Ende Januar zu sagen hatte, barg erhebliche Brisanz: Er würde gegen den Euro wetten («*Short Euro*»), weil die EU in spätestens eineinhalb Jahren zusammenbrechen werde.

- Wäre *Malloch* nur ein Ökonom unter vielen, könnte man eine solche Aussage noch mit jener Wichtigtuerei erklären, die auch in dieser Zunft nicht selten anzutreffen ist. Doch der derzeitige Professor an der Henley Business School im britischen Reading gilt als wahrscheinlicher neuer US-Botschafter bei der Europäischen Union (EU). Er wäre damit der Vertreter der Trump-Administration in Brüssel.

Von wegen unerfahren

Noch bevor *Malloch* sein neues Amt angetreten hatte, geriet er mit seinen Warnungen ins Kreuzfeuer der Mainstream-Medien. Völlig unerfahren sei er, was ihn im Übrigen mit den meisten Ministern der neuen US-Regierung verbinde. Und deshalb dürfe man solche dilettantischen Statements eben nicht ernst nehmen, hieß es. Doch Vorsicht, auch in dieser Hinsicht sollte man nicht unbedingt glauben, was die *Mainstream-Journalisten* in ihren *Anti-Trump-Exzessen* verbreiten.

- Zunächst blickt *Malloch* sehr wohl auf jahrelange diplomatische Erfahrung zurück. So arbeitete er von 1988 bis 1992 als Vertreter der USA bei den Vereinten Nationen in Genf. Später war er im Vorstand des Weltwirtschaftsforums tätig. *Malloch* ist also nicht nur ein Professor, der sich in seiner Studierstube angebliche Verschwörungstheorien ausdenkt, vielmehr kennt er sich gut aus in Europa.

Wenn einer wie er zu der Einschätzung gelangt, der Euro und die EU könnten in 12 bis 18 Monaten zerbrechen, so darf man davon ausgehen, dass er über Informationen verfügt, die den Mainstream-Medien entweder nicht bekannt sind oder die sie ihren Zuschauern und Lesern bewusst verschweigen. Noch schwerer wiegt allerdings die Tatsache, dass *Malloch* mit seinen Kassandrarufern keineswegs allein ist.



- Ausgerechnet der berühmt-berüchtigte *George Soros* (gewiss kein Mitglied des Trump-Fanclubs) stößt ins gleiche Horn. Ende vergangenen Jahres schrieb er,

die EU sei am Ende. Schuld daran sei Angela Merkel. Sie habe den Zerfall ausgelöst. Der Brexit, der Wahlsieg Donald Trumps und der Ausgang des italienischen Verfassungsreferendums im vergangenen Dezember sind nach Ansicht des schillernden Spekulanten deutliche Hinweise auf ein baldiges Auseinanderbrechen der Europäischen Union.

Nun darf man dem in der Ukraine stark spekulativ engagierten Soros bei all seinen Äußerungen zwar vor allem Eigeninteressen unterstellen. Interessant erscheint jedoch die Einschätzung der führenden europäischen Automobilmanager. 60 Prozent der Befragten rechnen damit, dass die EU bis 2025 auseinanderfallen wird.

Schlimme Jahre für Europa erwartet

Etwa ebenso viele erwarten schlimme Jahre für Europa. Schuld daran ist weniger Donald Trump als vielmehr die Tatsache, dass die Autoproduktion mehr und mehr nach China verlagert wird. Manager und Politiker in Europa dürften jedoch versuchen, ihr Scheitern der Politik von Donald Trump in die Schuhe zu schieben.

Was aber spricht derzeit für das Exitus-Szenario des Euro und der EU?

Zum einen die nach wie vor ungelöste Schuldenkrise in der Euro-Zone. Die Experten des Internationalen Währungsfonds (IWF) erarbeiteten in den vergangenen Wochen eine äußerst brisante Studie, die zunächst streng geheim gehalten wurde. Darin wird die Schuldenlast Griechenlands als »*unhaltbar*« und langfristig »*explosiv*« bezeichnet. Schon mittelfristig könnte die Euro-Krise wieder hochkochen und auch Länder wie Portugal, Spanien und Italien in den Abgrund reißen. Aus Angst vor der Wahrheit wird seit Monaten die routinemäßige Überprüfung des Hilfsprogramms durch die Gläubiger Griechenlands hinausgezögert, vor allem durch den IWF.

Merkels dreiste Wählertäuschung

Die Europäische Zentralbank hat inzwischen ihr Pulver weitgehend verschossen. Die Folgen einer erneut eskalierenden Euro-Krise wären daher weitaus dramatischer als der erste Akt der Schuldentragödie. Vor aller Augen würde Angela Merkels »*alternativlose*« Rettungspolitik (»*Scheitert der Euro, dann scheitert Europa*«) endgültig als dreiste Wählertäuschung entlarvt. Deshalb werden Brüssel, die Europäische Zentralbank und die meisten nationalen Regierungen alles versuchen, um ein Platzen der Schuldenbombe auf die Zeit nach den wichtigen Wahlen in Frankreich, den Niederlanden und Deutschland hinauszuzögern.

Zum zweiten wird das Ausmaß der Umverteilung innerhalb der EU künftig für erheblichen Unmut unter denen sorgen, die dafür mit ihren Steuergeldern aufzukommen haben. Bisher schon waren nur 12 (!) der insgesamt 28 Mitgliedstaaten der EU sogenannte Nettozahler. Das heißt, sie zahlten mehr ein, als sie bekommen. Für die 16 anderen Mitglieder ist die EU nichts anderes als der »*reiche Onkel*« aus Brüssel, der munter Milliardensummen verteilt — alles im Interesse der europäischen Solidarität, versteht sich.

- Bislang war Großbritannien der zweitgrößte Nettozahler. Nach dem Brexit werden die Bürger der dann verbleibenden Nettozahler noch tiefer in die Taschen greifen müssen.
→ Das sind in erster Linie die *Deutschen, Österreicher, Franzosen, Niederländer, Schweden* und sogar die selbst hoch verschuldeten *Italiener*.

Keine Enteignung für den Euro

Sieht man von den Deutschen einmal ab, die immer noch geneigt sind, den großkoalitionären Märchenerzählern Glauben zu schenken, dürften diese Aussichten in Frankreich, den Niederlanden und auch in Italien, wo möglicherweise in diesem Jahr ebenfalls noch gewählt wird, nicht gerade eben europäische Begeisterungstürme entfachen. In Staaten wie Deutschland und Österreich wird zudem die Bereitschaft nicht dauerhaft sehr ausgeprägt sein, sich durch Null- und Negativzinsen sukzessive enteignen zu lassen, nur um den Euro und die EU zu retten. Wir in Deutschland hingegen dürften wieder hören, die EU sei ein »*alternativloses Friedensprojekt*«, dessen Scheitern furchtbare wirtschaftliche Folgen für uns hätte. Man fragt sich nur, weshalb ausgerechnet die Schweiz und Norwegen, die beide nicht der EU angehören, als die wohlhabendsten Länder Europas gelten.

Kommt die Renaissance der EFTA?

Um vom Binnenmarkt wirtschaftlich zu profitieren, muss ein Land nicht zwangsläufig Mitglied der EU sein. Die Schweiz beweist dies in aller Deutlichkeit. Norwegen, Island und das Fürstentum Liechtenstein wiederum sind über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) mit der EU verbunden.



Mancher mag sich auch an die *Europäische Freihandelszone EFTA*

erinnern, der Großbritannien bis zu seinem halbherzigen EU-Beitritt im Jahr 1973 angehörte.

➤ Zerfällt die EU, könnte die EFTA (der aktuell nur noch *Island, Liechtenstein, Norwegen* und die *Schweiz* angehören) unversehens eine Renaissance erleben.

Das Meinungskartell aus Politik und Medien wird zwar alles versuchen, um ein Auseinanderbrechen der EU zu verhindern, doch klar ist auch:

→ Die Ergebnisse der in diesem Jahr anstehenden Wahlen könnten das Crash-Szenario wesentlich beschleunigen. Das könnte schon sehr bald im Mai anlässlich der Wahlen in Frankreich beginnen. Das Grand Finale der EU wäre dann schon vor der Bundestagswahl in vollem Gange. Und ganz nebenbei sei daran erinnert: Cassandra hatte am Ende recht.